

## Das Scharnier quietscht

Die Politik braucht wissenschaftliche Beratung. Sie bedient sich zahlreicher Methoden, Sachverstand in ihre Beratungen einzubeziehen: Experten werden befragt, in Beiräte und Enquete-kommissionen berufen und zu Anhörungen eingeladen. Unternehmensberater werden in Behörden geholt, Professoren mit Gutachten beauftragt. Man sollte meinen, dass die Ergebnisse all dieser Bemühungen eine hohe Qualität der Gesetzgebung garantieren. Leider ist dem nicht so. Jedenfalls ist die Öffentlichkeit mit den Produkten der Gesetzgebungs-„Maschine“ meist unzufrieden. Überall erkennt man den Einfluss von Interessenvertretern oder ungeklärte Meinungsverschiedenheiten. Politische Streitfragen bestehen auch nach umfangreichen Anhörungen fort, beschlossene Kompromisse befriedigen allenfalls einen Teil des Publikums. Der große „Ruck“, den so viele Reformer sich wünschen, bleibt regelmäßig aus; die engagiertesten von ihnen sind am Ende besonders frustriert.

Das liegt natürlich zu einem ganz wesentlichen Teil daran, dass die konfligierenden Interessen allein durch noch so kluge Entscheidungen nicht harmonisiert werden können. In der Auseinandersetzung mit der Lobby hat der Sachverstand es schwer – ganz abgesehen davon, dass es fundierte und weniger fundierte Expertise gibt und das Angebot der Wissenschaft keineswegs immer eindeutig und überzeugend ausfällt. Den Lobbyisten kommt es auch entgegen, dass viele Wege politischer Beratung im Dunkeln bleiben. Ein großer Teil der Verbindungen zwischen Politik und Sachverstand ist intransparent, wird vor kritischen Beobachtern abgeschirmt. Aber selbst da, wo die Öffentlichkeit genau zusehen und zuhören könnte, klappt die Vermittlung nicht. Dass das Scharnier quietscht, kann man insbesondere bei den parlamentarischen Sachverständigenanhörungen bemerken.

Bei jedem größeren Gesetzesvorhaben veranstaltet der zuständige Parlamentsausschuss eine öffentliche Anhörung, deren Teilnehmer von den Fraktionen vorgeschlagen werden. Es gilt der übliche Proporz: Große Fraktionen dürfen mehr Anhörspersonen benennen als kleine; die Auswahl bleibt den Fraktionen selbst überlassen. Das Ausschussesekretariat versendet die förmlichen Einladungen und bittet, vorab eine schriftliche Stellungnahme zu übersenden. Dabei sollen sich die Anzuhörenden an einem Fragenkatalog orientieren, den die jeweiligen Fachsprecher der Fraktionen im Ausschuss zusammengestellt haben. Außerdem wird ihnen mitgeteilt, dass sie bitte zu Beginn der Veranstaltung ein kurzes Statement abgeben möchten und anschließend auf die Fragen der Abgeordneten antworten sollen.

Anfang April fand eine solche Anhörung zu dem Regierungsentwurf eines Dienstrechtsneuordnungsgesetzes („DNeuG“) statt, der dazu bestimmt ist, das Beamtenrecht des Bundes zu modernisieren. Geladen waren fünf Gewerkschaftsvertreter und fünf Professoren. Als Eingangsstatement war ein Beitrag von fünf

Minuten erbeten; auf die Einhaltung dieses Zeitrahmens achtete der Vorsitzende penibel (und mit Erfolg!). Die Sachverständigen hatten zuvor Stellungnahmen im Umfang von 188 Seiten an das Sekretariat geschickt; das ist relativ wenig, verglichen

mit manchen anderen Anhörungen. Die Abgeordneten erhielten dieses Konvolut etwa drei Tage vor dem Termin, für die anderen Teilnehmer war es am Saaleingang ausgelegt. In viereinhalb Stunden wurde der Gesetzentwurf sodann von den zehn Sachverständigen kommentiert. Inhaltlich wurde der Ablauf von den Fragen der Abgeordneten strukturiert – einige präzise vorbereitet, andere weniger gut, aber immer ordentlich in der Reihenfolge der Fraktionen.

Was in solchen Veranstaltungen nicht vorgesehen ist und daher nur in Ansätzen vorkommt, ist ein Dialog zwischen den Abgeordneten und den Sachverständigen oder gar eine kontroverse Diskussion über zentrale Probleme. Die Abgeordneten sind an Stellungnahmen zu bestimmten Streitpunkten und meist an der Bestätigung ihrer eigenen Positionen interessiert, aber wenig am Austausch und Abgleich von Informationen, Meinungen oder Erfahrungen. Obwohl auch die Sachverständigen oft uneinig oder ratlos sind, werden sie nicht „aufeinander losgelassen“. Weite Teile der Thematik und echte Alternativen bleiben unerörtert.

Nun darf man gewiss die Erwartungen nicht zu hoch schrauben. Volksvertreter haben nicht die Aufgabe, Spezialliteratur zu studieren und auf dem „akademischen“ Niveau der Fachleute zu diskutieren. Sie müssen politisch entscheiden und sollen sich die relevanten Erkenntnisse der Wissenschaft ja gerade vermitteln lassen. Aber sie könnten sich vielleicht mehr darum bemühen, dass diese Vermittlung effektiver geschieht. Das derzeit praktizierte Ritual lässt dafür zu wenig Zeit. Die Chance, Wissenschaft wirklich einwirken zu lassen, wird vergeben. Die Öffentlichkeit erlebt ein Schauspiel und kann nur hoffen, dass die eine oder andere Anregung in den weiteren Beratungen aufgegriffen wird, für die dann wieder Intransparenz gilt. Mehr aufeinander zugehen, einander mehr zuhören, öffentlich nachfragen und öffentlich nachdenken – das läge im Interesse der Politik wie der Wissenschaft. Oder anders ausgedrückt: Schmiert das Scharnier und haltet die Tür länger offen!

Ihr

Prof. Dr. Hans Peter Bull, Hamburg

